1 D 3417 D

# türkei infodienst

Nr 113/114 ERSCHEINT 14-TÄGIG 12. August 1985

# Menschenrechte

## a) HINRICHTUNGEN

*Seit dem 12.09.1980 wurden in der Türkei 50 Menschen hingerichtet (darunter 27 politische Täter).*

## b) TODESSTRAFEN

*Seit der Ausrufung des Kriegsrechtes in der Türkei Ende 1978 wurden 548 Todesstrafen verhängt.*

Cumhuriyet vom 30.07.1985

**Was soll mit den Todeskandidaten passieren?**

Die technischen Vorbereitungen eines Amnestiegesetzes haben auch die Frage der Todesstrafen auf die Tagesordnung gebracht. In der Türkei befinden sich derzeit 471 Personen in den Gefängnissen, die zum Tode verurteilt worden sind. Von diesen 471 Todesstrafen wurden bislang 59 Akten dem Parlament zur Ratifizierung vorgelegt. Unter den 59 Akten sind 14 gewöhnliche Kriminelle, die in den Genuß des Amnestiegesetzes kommen könnten. Die Lage der übrigen 45 Personen aber hat zu Diskussionen geführt.
Wie es in einer Mitteilung der Koordination der Kriegsrechtskommandanturen im Juli hieß, sind seit dem 12. September 1980 vor den Militärgerichten der Türkei insgesamt 449 Personen zum Tode verurteilt worden. Von diesen 449 Todesurteilen sind 32 in allen Instanzen bestätigt worden. 27 Todesurteile wurden vollstreckt, 4 der zum Tode verurteilten Personen befinden sich auf der Flucht und eine weitere Person wurde bei einer bewaffneten Auseinandersetzung mit der Polizei getötet. Von den 59 Akten auf Hinrichtung, die sich vor dem Parlament befinden, betreffen 14 gewöhnliche Kriminelle, 2 betreffen rechte Täter und 43 linke Täter.

Cumhuriyet vom 01.08.1985

**Ilhan Selcuk: 104 und 87**

In unserem Lande gibt es 471 Personen, die zum Tode verurteilt worden sind. Von den 59 Akten auf Hinrichtung, die sich vor dem Parlament befinden, betreffen 14 gewöhnliche Kriminelle. Darüber hinaus gibt es Hunderte, ja vielleicht sogar Tausende von Menschen, die vor den Gerichten unter der Forderung auf Todesstrafe angeklagt sind. Da sich die Verfahren hinauszögern, werden sie vielleicht noch Jahre auf ein Urteil warten müssen. Das heißt, daß die Türkei auf Jahre hinaus nicht das Image eines Landes verlieren wird, in dem Galgen aufgestellt werden.

Man kan es auch anders ausdrücken und sagen, daß nicht einmal die 365 Tage eines Jahres ausreichen würden, wenn der Henker jeden Tag einmal den Galgen in Betrieb setzen würde.
Nun sind es in der Türkei nicht die Gerichte, die den letzten Beschluß auf Vollstreckung eines Todesurteiles fällen, sondern das Parlament. Dieses Recht wurde im Artikel 87 der Verfassung festgelegt. Gleichzeitig aber beschränkt dieser Artikel die Kompetenzen des Parlaments bei Straftaten gegen den Staat. Derzeit sind schon 45 Akte auf Hinrichtung vor dem Parlament, bei denen das Parlament keine Amnestie (Begnadigung) vornehmen kann. Auch die weiteren 471 Akte auf Hinrichtung werden vor das Parlament kommen. Dabei entsteht aber die Frage, warum das Parlament sich mit Todesstrafen befaßt, bei denen es keine Möglichkeit auf Revision hat? Hat das Parlament bei Todesstrafen wirklich keine Entscheidungskompetenz?
Demgegenüber stehen die Befugnisse des Staatspräsidenten, der nach Artikel 104 der Verfassung aufgrund von andauernder Krankheit, Altersschwäche und anderen Personen die Strafen der Gefangenen reduzieren oder amnestieren kann. Sollte nun einer der zum Tode verurteilten Personen unter diese Kategorie fallen und gleichzeitig eine Straftat nach dem Artikel 14 der Verfassung (gegen den Staat) begangen haben, so kann der Staatspräsident seine Strafe korrigieren, das Parlament aber nicht. Mit anderen Worten hat an diesem Punkt der Staatspräsident wohl mehr Kompetenzen als das Parlament.

## c) ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE

01.08.85 1 Schmuggler in Ankara

*Seit dem 12.09.1980 wurde in 6.251 Fällen die Todesstrafe beantragt.*

## d) PROZESSE

Cumhuriyet vom 12.07.1985

**Das IKDP-Verfahren: 9 Freisprüche**

Vor dem Militärgericht Nr. 1 in Diyarbakir endete das Verfahren gegen vermeintliche Angehörige der illegalen Organisation IKDP für 9 Angeklagte mit einem Freispruch. Bei drei Angeklagten entschied das Gericht auf Nichtzuständigkeit. Die Anklage war im Zusammenhang mit den Vorfällen im Osten und Südosten des Landes erstellt worden. Die Angeklagten hatten eine Organisationszugehörigkeit abgestritten. Das Gericht vertrat nun die Meinung, daß nicht genügend Beweismittel für das Gegenteil vorgetragen worden seien.

Cumhuriyet vom 12.07.1985

**Die Heruasgeber von Maya angeklagt**

Vor dem 2. Strafgericht in Istanbul ging das Verfahren gegen Ünal Yaltirak und Necmettin Önder weiter. Sie sind wegen eines Artikels mit der Überschrift 'Folter und Arikan' in der Zeitschrift Maya angeklagt. Das Verfahren wurde auf den 25. September um 9.30 Uhr vertagt. Zu diesem Termin soll das Gutachten vorgelegt werden.

Cumhuriyet vom 13.07.1985

**Im Petitionsverfahren haben die Angeklagten sich verteidigt**

Im Verfahren wegen der Petition der Intellektuellen begannen die Angeklagten mit ihren Verteidigungsreden. Das Verfahren begann in Anwesenheit von 20 Angeklagten gegen 14.30 Uhr. Zunächst beantragte der Militärstaatsanwalt für drei weitere Angeklagte eine Bestrafung nach dem § 16/1 des Gesetzes mit der Nummer 1402. Danach verlas der Angeklagte Aziz Nesin seine 17-seitige Verteidigungsrede. Nach dem Schriftsteller Aziz Nesin wurde dem Angeklagten Erbil Tusalp das Wort erteilt. Tusalp ist Journalist unserer Zeitung. Er verlas seine 18-seitige Verteidigungsrede. Hiernach wurde die Verhandlung unterbrochen. Nach der Pause verkündete das Gericht die Entscheidung über die Reden von Aziz Nesin und Erbil Tusalp nach § 142/2 der Strafprozeßordnung vor den Militärgerichten ei n Publikationsverbot zu verhängen. Die Verhandlung wurde auf den 19. Juli vertagt.

Cumhuriyet vom 16.07.1985

**Urteil gegen Zeugen Jehovas**

Die 9. Kammer des Kassationsgerichtshofes hat das Urteil des Staatssicherheitsgerichtes in Ankara gegen 23 Angehörige der Zeugen Jehovas aufgehoben und die Haftentlassung der Angeklagten angeordnet. Der Kassationsgerichtshof vertrat im Unterschied zum Staatssicherheitsgericht in Ankara die Meinung, daß es sich bei den Zeugen Jehovas durchaus um eine eigenständige Religion handele, die allerdings nicht mit dem Schein eines Vereins versuche, die staatliche Ordnung nach relgiösen Prinzipien zu verändern. Das Gericht vertrat dabei die Ansicht, daß sämtliche Religionen unter dem Schutz der Religionsfreiheit der Verfassung stehen. Den Zeugen Jehovas wurde in diesem Zusammenhang eine Anschauungssystematik bescheinigt, die ebenfalls unter das verbriefte Recht der Verfassung falle.

Tercüman vom 17.07.1985

**71 mal Todesstrafen für Anhänger von Dev-Yol gefordert**

Im Verfahren gegen 924 Angeklagte von Dev-Yol aus Artvin vor dem Militärgericht in Erzurum hat der Militärstaatsanwalt gegen 71 Angeklagte die Todesstrafe gefordert. Bei 10 Angeklagten plädierte der Staatsanwalt auf lebenslängliche Haftstrafe. 14 Angeklagte sollen zu jeweils 20 Jahren Haft verurteilt werden. 428 Angeklagte sollen Strafen zwischen 5 und 15 Jahren, 35 Angeklagte zwischen 10 und 24 Jahren, 43 Angeklagte zwischen 3 und 5 Jahren und 86 Angeklagte sollen zu Strafen zwischen 6 Monaten und 2 Jahren verurteilt werden. 196 Angeklagte sollen freigesprochen werden und in 8 Fällen soll das Verfahren eingestellt werden, weil die Angeklagten unterdessen nicht mehr leben.
Das Verfahren dauert nun über 4 Jahre an. In dem Verfahren wurden mehr als 5.000 Zeugen vernommen. Nun wird den Angeklagten noch das letzte Wort erteilt und dann wird das Gericht eine Entscheidung fällen.

Cumhuriyet vom 18.07.1985

**Nichtöffentliche Sitzung für die Geständnisse von 2 MLSPB Angehörige**

Die Zahl der Angeklagten vor den Militärgerichten in Istanbul und Ankara, die eine Strafvergünstigung nach dem Reuegesetz anstreben, hat sich auf 22 erhöht. In Istanbul sind es 18 Personen. Unter ihnen befinden sich: Semsi Özkan, Kamuran Özcan, Ismail Salgin, Emin Yildiz, Orhan Özay, Turabi Kacar, Halil Kaya und Mahmut Öztürk (alle MLSPB), Mehmet Altintas (TKP-ML/TIKKO), Mehmet Kemal Iyison, Levent Mayatürk und Necdet Atilgan (Eylem Birligi), Mahmut Acikgöz (TKP) und weitere 4 Angeklagte von anderen Organisationen. In Ankara sind es vier Personen, die sich bei der Kriegsrechtskommandantur gemeldet haben. Ihre Anträge sind allerdings noch nicht bei der Militärstaatsanwaltschaft eingegangen.
Unter den Antragstellern befinden sich sowohl Personen, die zum Tode verurteilt wurden, als auch Angeklagte, die eine lebenslängliche oder langjährige Haftstrafe erhielten.

Cumhuriyet vom 18.07.1985

**Das Urteil gegen 18 THKP/C Angehörige wurde aufgehoben**

Der militärische Kassationsgerichtshof hat die Urteile gegen 16 Angehörige der Organisation THKP/C Halkin Devrimci Öncüleri aufgehoben. Sie waren vor dem Militärgericht in Izmir zu Strafen zwischen 5 und 16 Jahren verurteilt worden. Die Strafe gegen Tevfik Bozkurt, der für die Ägäisregion verantwortlich sein soll, wurde mit 13 Jahren und 4 Monaten bestätigt.

Cumhuriyet vom 19.07.1985

**Urteil im Verfahren gegen 35 Organisationsangehörige**

Das Militärgericht in Diyarbakir hat im Verfahren gegen 35 Organisationsangehörige das Urteil verkündet. Die Strafen schwanken zwischen 2 und 13 Jahren. 17 Angeklagte wurden freigesprochen.

Tercüman vom 21.07.1985

**Der Staatsanwalt forderte Todesstrafe gegen Celenk**

Die Militärstaatsanwaltschaft in Ankara hat nun gegen Bekir Celenk die Anklage erhoben. Wegen Schmuggels von Rauschmittel und Waffen wurde gegen ihn eine Todesstrafe nach dem § 403 TSG beantragt.

Tercüman vom 22.07.1985

**Akin Simav wurde aus der Haft entlassen**

Der ehemalige Abgeordnete Akin Simav, der wegen eines Artikels in der Zeitung Demokrat aus Izmir zu einer Strafe von 10 Monaten verurteilt worden war, ist nun nach Verbüßung von 5,5 Monatena us der Haft entlassen worden. Nach dem Gerichtsbeschluß hat er sich nun och 3 Monate unter Polizeiaufsicht in Eskisehir aufzuhalten.

Cumhuriyet vom 22.07.1985

**Der Beschluß auf Einsammeln von 'Hafta Sonu' wurde aufgehoben**

Der Beschluß des 1. Strafgerichtes von Istanbul auf Einsammeln des Wochenblattes 'Hafta Sonu' wegen Beleidigung eines Ministers wurde nun durch die 9. Strafkammer wieder aufgehoben.

Cumhuriyet vom 22.07.1985

**6 Bücher wurden verboten**

Aufgrund eines Beschlusses des Kabinetts wurde die Einfuhr und der Vertrieb von 6 Büchern und anderen Publikationen verboten. Neben 'Atilim' von TKP befinden sich auch mehrere religiöse Schriften darunter.

Cumhuriyet vom 24.07.1985

**Zum 2. Mal ein Urteil im Verfahren gegen Dev-Yol Balikesir**

Die Urteile im Dev-Yol Verfahren von Balikesir mit 16 Angeklagten hat das Militärgericht in Izmir nun zum 2. Mal ein Urteil gefällt, nachdem das Urteil in der 1. Instanz von dem militärischen Kassationsgerichtshof aufgelöst worden war. 2 der Angeklagten wurden zu lebenslänglichen Haftstrafen verurteilt, 10 Angeklagte erhielten Strafen zwischen 4 und 10 Jahren und 4 Angeklagte wurden freigesprochen.

Cumhuriyet vom 24.07.1985

**Das Verfahren wegen des Massakers von Bahcelievler**

Im Verfahren wegen des Massakers von Bahcelievler, bei dem 7 Angehörige der TIP ermordet worden waren, wird der Militärstaatsanwalt am 21. August sein Plädoyer halten. Das Verfahren dauert nun schon annähernd 7 Jahre an. Inzwischen waren Entlastungszeugen aufgetreten, die dem Hauptangeklagten ein Alibi für die Tatzeit bestätigten. In dem Verfahren waren zwei Angeklagte zunächst mit dem Tode bestraft worden. 2 weitere Angeklagte hatten eine Strafe von jeweils 15 Jahren erhalten. 5 Angeklagte, unter ihnen Ibrahim Ciftci waren in diesem Verfahren freigesprochen worden.

Cumhuriyet vom 24.07.1985

**Gefängnisstrafe für YDGD Angehörige**

Das Militärgericht Nr. 1 in Istanbul hat 6 Angeklagte zu Strafen zwischen 4 und 8 Jahren verurteilt. Sie waren für schuldig gefunden worden, dem Verein Partriotische Revolutionäre Jugend in Corlu angeört zu haben.

Cumhuriyet vom 24.07.1985

**Nicht jeder Geständige kommt in den Genuß des Reuegesetzes**

Der Antrag von drei Angeklagten auf eine Strafminderung nach dem Reuegesetz wurde durch das Militärgericht Nr. 2 in Istanbul abgelehnt. Die Angeklagten hatten im Jahre 1978 einen Artikel in der Zeitschrift Katki veröffentlicht und darin auf das Programm der TKP hingewiesen. Wegen der Initiative auf Gründung der TKP waren sie am 18.11.83 zu jeweils 8 Jahren Haft verurteilt worden. Dieses Urteilwar am 18.11.84 durch den militärischen Kassationsgerichtshof bestätigt worden.
Die Angeklagten hatten sich am 14.05.85 an die Kriegsrechtskommandantur gewandt und eine Strafminderung beantragt. Ihrem Antrag lag die Ansicht zugrunde, daß sie sich zu ihrer Tat bekannt hätten, aber nicht die Absiht gehabt hätten, die illegale TKP zu gründen. Mit ihrem Artikel hätten sie lediglich darauf hinweisen wollen, daß eine Partei mit einem entsprechenden Programm, wie sie es vorgestellt hatten, den Namen Kommunistische Partei der Türkei tragen solle.
Das Gericht lehnte nun die Anträge mit der Begründung ab, daß das Vorbringen der Angeklagten nicht neu sei, sondern sie schon in derselben Weise ihre Verteidigung während des Verfahrens vorgebracht hätten.

Tercüman vom 25.07.1985

**Der oberste Staatsanwalt beantragte, den Freispruch gegen Erbakan zu bestätigen**

Der oberste Staatsanwalt vor dem militärischen Kassationsgerichtshof in Ankara hat seine Untersuchungen zum Verfahren gegen die MSP abgeschlossen. Er kam dabei zu dem Schluß, daß die Freisprüche gegen den ehemaligen Vorsitzenden Necmettin Erbakan und seine Freunde bestätigt werden sollte. Nun wird sich die 4. Kammer des militärischen Kassationsgerichtshofes damit befassen.

Cumhuriyet vom 26.07.1985

**106 Todesstrafen gefordert**

Im Verfahren gegen 469 Angeklagte einer separatistischen Gruppe aus Hilvan-Siverek hat der Militärstaatsanwalt vor dem Militärgericht in Diyarbakir sein Plädoyer gehalten. In seinem 306-seitigen Plädoyer forderte der Staatsanwalt gegen 106 Angeklagte die Todesstrafe. Unter dem Vorwurf, Morde begangen zu haben, bewaffnete Raubüberfälle durchgeführt zu haben, Propaganda mit dem Ziel, die nationalen Gefühle zu beseitigen und zu schwächen, betrieben zu haben und das Ansehen des Staates im Ausland gescmälert zu haben, forderte der Staatsanwalt gegen 24 Angeklagte eine Strafe zwischen 20 und 24 Jahren, bei 169 Angeklagten eine Strafe zwischen 10 und 15 Jahren, bei 103 Angeklagten eine Strafe zwischen 1 und 5 Jahren. Für 57 Angeklagte soll ein Freispruch erfolgen.

Cumhuriyet vom 26.07.1985

**Das Verfahren wegen des Romans 'unser Gymnasium'**

Vor dem Staatssicherheitsgericht in Istanbul ging das Verfahren gegen den pensionierten Lehrer Hasan Kiyafet weiter. Ihm wird vorgeworfen, in seinem Roman 'Unser Gymnasium' eine Straftat gelobt zu haben. Der Angeklagte sagte zu den Vorwürfen, daß es seine Absicht gewesen sei, in dem 'Bürgerkrieg' der damals vorhanden gewesen sei, vermittelnd mit seinen Erfahrungen zu wirken. Hätte er die Absicht gehabt, die Gewalt in der Gesellschaft anzustacheln, so hätte er dies bestimmt nicht in der Form eines Romans getan. Der Antrag des Angeklagten auf das Gutachten von drei Personen wurde abgelehnt.
Das Gericht vertagte sich auf den 30. Juli um 11.30 Uhr. In dieser Sitzung soll dann der Staatsanwalt sein Plädoyer vortragen.

Cumhuriyet vom 30.07.1985

**4 Haftentlassungen im Rizgari 2 Verfahren**

Im Verfahren Nr. 2 gegen Angehörige der Organisation Rizgari wurden nun durch das Militärgericht Nr. 1 in Istanbul 4 Angeklagte aus der Untersuchungshaft entlassen. Dadurch hat sich die Zahl der in diesem Verfahren inhaftierten Angeklagten auf 12 reduziert. Insgesamt sind 52 Personen angeklagt.

Cumhuriyet vom 31.07.1985

**Verfahren gegen Muzaffer Sarac**

Der stellvertretende Vorsitzende der SODEP, Muzaffer Sarac, ist vor dem Militärgericht Nr. 1 in Istanbul wegen einer Rede auf einer Veranstaltung seiner Partei zu den

Fragen der Arbeiter angeklagt. Er soll damit gegen das Gesetz mit der Nummer 2969 verstoßen haben. Die Anwälte von Muzaffer Sarac führten aus, daß mit der Bildung des Präsidiums für die Große Nationalversammlung der Türkei der Übergangsartikel 15 der Verfassung außer Kraft getreten sei und es nicht für alle Zeit verboten sein könne, über die Praktiken der Verantwortlichen in einer bestimmten Periode zu sprechen. Das Verfahren wurden durch den US-Konsul Daniel ). Newberry verolgt. Das Gericht vertagte sich auf den 17. September. Bis zu diesem Termin will sich der Militärstaatsanwalt zu der Ansicht der Verfassungswidrigkeit äußern.

Tercüman vom 01.08.1985

**In Istanbul verstecken sich 300.000 Straftäter**

Von der Staatsanwaltschaft für den Strafvollzug in Istanbul war zu erfahren, daß sich annähernd 300.000 Straftäter in Istanbul versteckt halten. Die Größe und Unübersichtlichkeit der Stadt bringe es mit sich, daß viele Täter ihrer Strafhaft durch ein 'Untertauchen' in Istanbul entgehen wollen. Allerdings gebe es täglich an die 100 Festnahmen in Istanbul und es werde immer schwerer sich hier auf lange Zeit verborgen zu halten. Allein im letzten Jahr seien 20.000 Personen aufgefunden worden, die zuvor zu Geldstrafen oder anderen Strafen verurteilt worden waren.

Cumhuriyet vom 01.08.1985

**Zwei neue Verfahren gegen Dündar Kilic**

Vor dem Militärgericht Nr. 4 in Ankara wurde gegen einen der 'Mafia-Bosse', Dündar Kilic, zwei neue Verfahren eröffnet. In dem einen Verfahren wird er beschuldigt über die Schweiz 35,5 kg Heroin nach Italien geschmuggelt zu haben. In diesem Verfahren sollen neben Dündar Kilic noch weitere 8 Angeklagte eine Todesstrafe erhalten.
In einem 2. Verfahren wird Kilic beschuldigt, 317 kg Haschisch nach Holland verfrachtet zu haben. In diesem Verfahren erwartet Dündar Kilic eine langjährige Haftstrafe.

Cumhuriyet vom 02.08.1985

**Einladung für DISK aus dem Ausland**

Vertreter von DISK wurden für eine Versammlung der Weltarbeiterkonföderation nach Baden in Österreich eingeladen. An diesem 21. Kongreß der DIK nehmen Vertreter aus 5 Kontinenten teil. Nebend en Aktivitäten in den Jahren 1981 bis 1985 sollen auch Beratungen über eine neue Weltwirtschaftsordnung durchgeführt werden. Obwohl Türk-Is und DISK nicht Mitglied in dieser Konföderation sind, beschäftigt sich die Organisation seit langer Zeit mit den Fragen der Türkei. Da die Leiter der DISK in Istanbul angeklagt sind, haben sie jedoch keine Chnce einen Paß zu bekommen und ins Ausland zu gehen.

Cumhuriyet vom 03.08.1985

**Das begründete Urteil im TIKP-Verfahren**

Das Militärgericht Nr. 1 in Ankara hat das begründete Urteil im Verfahren gegen die Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei, TIKP, fertiggestellt. In diesem Verfahren waren 15 Personen, darunter der Vorsitzende Dogu Perincak zu Strafen zwischen 6 und 8 Jahren verurteilt worden. Den Parteifunktionären wird vorgeworfen, die Gewaltherrschaft einer sozialen Klasse über eine andere errichten zu wollen und damit gegen den § 141/1-5 des türkischen Strafgesetzes verstoßen zu haben. Als Beweismittel für diesen Vorwurf sind angegeben: a) Die Aktivitäten vor der Gründung der Partei und Artikel der Angeklagten in den Zeitschriften Aydinlik und Türkiye Gercegi, b) Das Gründungsprotokoll, das Programm der TIKP und die Landreform, c) Die Aktivitäten der Angeklagten nach der Gründung der Partei.

Cumhuriyet vom 03.08.1985

**Beschränkung der Zahl der Anwälte im DISK-Verfahren wurde aufgehoben**

In einem Zwischenbeschluß ist nun das Militärgericht Nr. 2 in Istanbul auf einige Mängel bei dem DISK-Verfahren eingegangen. Dieser 22-seitige Beschluß umfaßt 65 Paragraphen. In einem dieser Paragraphen wird auch der Beschluß vom Anfang des Prozesses auf Beschränkung der Anwälte auf die Zahl der ursprünglichen 52 Angeklagten aufgehoben. Das Gericht vertrat die Ansicht, daß bei einer Gesamtzahl von 1477 Angeklagten dieser Beschluß in der Praxis sinnlos geworden sei.
Außerdem sollen Bandaufzeichnungen von 15 Einzelgewerkschaften ausgewertet werden. Zu diesem Zweck wurde ein Fachmann der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten als Gutachter beauftragt. Das Verfahren wurde auf den 9. August um 9.30 Uhr vertagt.

Cumhuriyet vom 03.08.1985

**Widerspruch gegen die Revision des Urteils gegen die Schriftstelergewerkschaft**

Der Antrag der Kriegsrechtskommandantur Istanbul auf Revision der Freisprüche im Verfahren gegen die Gewerkschaft der Schriftsteller der Türkei, TYS, wurde nun durch die Anwälte angegriffen. In seinem Schriftsatz führte der Anwalt Turgut Kazan aus, daß die Kommandantur lediglich, nichtausreichende Ermittlungen angeführt habe. Damit aber werde indirekt bestätigt, daß die Vergehen dieser Gewerkschaft nicht unter den § 141 fallen. Außerdem gebe es praktisch keinen Punkt, der nicht während des Verfahrens erörtert worden sei. Aus diesem Grunde sei die Revision abzulehnen.

Cumhuriyet vom 07.08.1985

**Der Prozeß des Akincilar Vereins**

Der Prozeß gegen den Akincilar Verein (religiöse Vereinigung, der MSP nahestehend) wurde vor dem Militärgericht in Istanbul weitergeführt. Der Militärstaatsanwalt forderte für einen Angeklagten eine Strafe von 8 bis 15 Jahren, für zwei weitere Angeklagte eine Strafe von 5 bis 12 Jahren und für die anderen Angeklagten beantragte er einen Freispruch.

Cumhuriyet vom 07.08.1985

**Die Zeitung 'Türkkani' wurde verboten, der Herausgeber verhaftet**

Die in Samsun herausgegebene Zeitung 'Türkkani' (Türkenblut) wurde per Gerichtsbeschluß verboten und gegegen den Herausgeber Mustafa Uysal wurde ein Haftbefehl ausgestellt. In der Zeitung waren Meldungen über den Bürgermeister von Samsun erschienen und er war von der Zeitung zum Rücktritt aufgefordert worden. Der Bürgermeister Kemal Vehbi Gül war in der Zeitung u.a. als Feind von Atatürk bezeichnet worden.

Cumhuriyet vom 08.08 1985

**Urteil im Dev-Yol Verfahren von Kadiköy**

Das Militärgericht Nr. 1 von Istanbul hat im Verfahren gegen 33 Angeklagte von Dev-Yol Kadiköy das Urteil gesprochen. 21 Angeklagte wurde mangels Beweisen frigesprochen, 11 Angeklagte erhielten Strafen zwischen 2 und 7 5 Jahren. Die Akte von einem Angeklagten wurde mit dem zentralen Dev-Yol Verfahren in Istanbul verbunden.

Cumhuriyet com 08.08.1985

**Eine Strafe von 13 Jahren**

Das Militärgericht von Istanbul hat den Angehörigen der Organisation Kurtulus, Mustafa Eker, zu einer Strafe von 13 Jahren und 4 Monaten Zuchthaus verurteilt.

## e) VERHAFTUNGEN, MORD ...

Cumhuriyet vom 16.07.1985

**Ein ziviler Wärter ermordete einen Jugendlichen, der sich ausweisen konnte**

Wie erst jetzt der Presse mitgeteilt wurde, hat der zivile Wächter Hamz Günes am 30. Juni den 17-jährigen Kemal Atman durch einen Schuß in den Rücken ermordet. Bei einem Streifengang von drei als zivile Beamte eingeteilten Wächtern wurden drei Personen von ihnen angehalten und aufgefordert, sich auszuweisen. Während der Diskussion darum, unter welcher Befugnis diese Überprüfung durchgeführt werde, versuchte Kemal Atman zu fliehen. Hamz Günes eröffnete das Feuer und traf ihn tödlich im Rücken.

Tercüman vom 17.07.1985

**2 Räuber wurden getötet**

Bei einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen 2 Banditen und den Sicherheitskräften in einem Dorf der Provinz Siirt wurden die 2 Banditen tot festgenommen. 4 weitere Personen, die ihnen Unterschlupf gewährt und sie beraten hatten, wurden festgenommen.
Des weiteren wurden bei einem Überfall von unbekannten Persoenn auf ein Fahrzeug, eine Person getötet und 5 weitere Personen verletzt.

Tercüman vom 20.07.1985

**In Hakkari fand ein Separatist seine Strafe**

Im Kreis Yüksekova der Provinz Hakkari wurde ein Separatist mit dem Decknamen 'Celal' bei den Operationen in dem bergigen Gelände gestellt. Als er sich nicht ergab, wurde er bei der sich darauf entspannenden bewaffneten Auseinandersetzung tot festgenommen. Er gehört zu einer Gruppe, die am 9.10.84 für den Tode von 8 Personen verantwortlich ist. Von diesen Personen waren zuvor schon drei Personen tot festgenommen worden, während dieser Separatist entkommen konnte.

Cumhuriyet vom 19.07.1985

**5 Separatisten wurden tot festgenommen**

Im Kreis Mutki der Provinz Bitlis wurden 5 Angehörige einer separatistischen Bande tot festgenommen. Bei den Verhafteten wurden 2 Kaleschnikovs, 2 G-3 Gewehree, eine autmoatische Waffe und andere Waffen beschlagnahmt.

Cumhuriyet vom 21.07.1985

**Dörfer im Südosten mit Walky Talker**

In verschiedenen Dörfern des Südostens wurden Sprechfunkgeräte verteilt. Mit diesen Geräten, die für 140.000 TL an die Dorfvorstände abgegeben werden, können die nächstgelgenen Gendarmeriestationen benachrichtigt werden. Gleichzeitig beschweren sich die Besitzer der Geräte über den häufigen Stromausfall. Es gibt kaum Aufladegeräte und das Aufladen der Geräte dauert 15 Stunden. Aus diesem Grunde müssen viele Besitzer alle 3-4 Tage zu den Zentralen, um sich neue Batterien geben zu lassen.

Tercüman vom 24.07.1985

**In Semdinli wurden weitere 3 Separatisten tot festgenommen**

Bei der Durchsuchung des Geländes nach verborgenen Räubern trafen die Sicherheitskräfte mit der Hilfe der Bevölkerung im Kreis Semdinli der Provinz Hakkari auf drei Separatisten. Sie versuchten, das hügelige Gelände auszunutzen und zu fliehen. Bei der bewaffneten Auseinandersetzung wurden sie zusammen mit ihren Waffen tot festgenommen.

Tercüman vom 25.07.1985

**Kein Pardon für den Terror an der Grenze**

Unsere Zeitung führte ein Interview mit dem Staatsminister und Führer der Irakisches kurdischen Demokratischen Partei, Hasim Hasan Akravi. Er sagte dabei, daß die Vorfälle an der Grenze von iranischen oder syrischen Terroristen durchgeführt werden, daß sie aber keine politische Kraft darstellten. Der Minister sagte weiter, daß sein Land in dem fünfjährigen Krieg viel Erfahrung gewonnen habe und daß die Türkei der wahre Freund des Landes sei. Das werden sie nicht vergessen.

Tercüman vom 25.07.1985

**13 TSIP ler verhaftet**

Im Kreis Bulancak der Provinz Giresun wurden 13 Angehörige der TSIP( SGB) zusammen mit ihren Waffen verhaftet. Sie werden für verschiedene Aktionen vor dem 12. September verantwortlich gemacht.

Cumhuriyet vom 26.07.1985

**In Eruh wurden drei Separatisten tot festgenommen**

Am 22 Juli wurden im Kreis Eruh der Provinz Siirt drei Separatisten, die dem Aufruf sich zu ergeben, keine Folge leisteten, tot festgenommen.

Cumhuriyet vom 27.07 1985

**In Mus wurden vier Angehörige einer separatistischen Bande verhaftet**

In der Provinz Mus und Umgebung wurden aufgrund von Operationen der Polizei in Zusammenarbeit mit der Gendarmerie vier Angehörige einer separatistischen Bande zusammen mit ihren Waffen verhaftet. Sie sollen für verschiedene Aktionen vor dem 12. September verantworttlich sein

Tercüman vom 31.07.1985

**21 kommunistische Militante verhaftet**

In Istanbul wurden 21 Angehörige einer kommunistischen Organisation, darunter 8 Frauen, verhaftet. Ihnen wird das Verteilen von Flugblättern, eine Kampagne gegen die Verfassung, Protest gegen die allgemeinen Wahlen und das Verschicken von Flugblättern per Post an verschiedene Adressen zur Last gelegt.

Tercüman vom 01.08.1985

**In Sirnak wurde ein Bandit getötet**

Im Kreis Sirnak der Provinz Siirt wurde ein Bandit nach einer bewaffneten Auseinandersetzung mit den Sicherheitskräften tot festgenommen.

Cumhuriyet vom 03.08.1985

**11 Personen, die vom Iran in die Türkei gelangen wollten, wurden verhaftet**

11 Personen, die in der Provinz Hakkari nachts versuchten über die Grenze zum Iran in die Türkei zu gelangen, wurden von den Sicherheitskräften gestellt und zusammen mit drei Mauleseln voller Dynamit und anderer Waffen festgenommen.

Tercüman vom 05.08.1985

**5 Gefallene**

Im Kreis Sason der Provinz Siirt gerieten Soldaten in einen Hinterhalt der Terroristen und ein Unteroffizier und vier Gendarmeriesoldaten fielen dabei. Die Leichname wurde in ihre Heimatstädte geschickt.

Cumhuriyet vom 06.08.1985

**In Bingöl wurde ein Räuber tot festgenommen**

Im Kreis Genc der Provinz Bingöl wurde der 32-jährige Siddik Bilgin tot festgenommen, nachdem er sich der Aufforderung stehen zu bleiben nicht gebeugt hatte. Wie bemerkt wurde, handelt es sich bei dieser Person um jemanden, der die Verbindung zu der Zentrale der separatistischen Organisation herstellte und Botendienste versah.

Tercüman vom 08.08.1985

**5 Verhaftungen in Izmir**

In Izmir wurden 5 Personen verhaftet, die wegen verschiedener Delikte verurteilt worden waren und deshalb gesucht wurden. Die Verhafteten wurden zur Verbüßung ihrer Strafe in die Gefängnisse geschickt.

Cumhuriyet vom 08.08.1985

**10 Personen wieder freigelassen**

10 Personen, die im Zusammenhang mit dem Rufen von Parolen und Tragen von Spruchbändern auf der Kundgebung von SODEP in Istanbul verhaftet worden waren und anschließend auch in Untersuchungshaft genommen worden waren, wurden nun nach erneuter gerichtlicher Überprüfung auf freien Fuß gesetzt

**f) HAFTBEDINGUNGEN FOLTER ...**

Cumhuriyet vom 16.07.1985

**Staatsanwalt: Unteroffizier Bag ist für den Tod von Erdost verantwortlich**

In der erneuten Verhandlung wegen des Foltertodes an dem Verlegeer Ilhan Erdost hat nun der Militärstaatsanwalt sein Plädoyer gehalten. Er führte darin aus, daß der Unteroffizier Sükrü Bag den Befehl zum Schlagen des Häftlinges gegeben habe und damit für den Tod verantwortlich sei. Er beantragte eine Bestrafung der Angeklagten nach den §§ 452, 251, 31 und 33 des militärischen Strafrechtes.

Tercüman vom 19.07.1985

**Eldem traf mit den Familien der Inhaftierten zusammen**

Am Wochenende traf der Justizminister Necat Eldem mit Vertretern der Angehörigen der Inhaftierten zusammen. Die Familienangehörigen forderten eine umfassende Amnestie, während Eldem den Inhaftierten empfahl, das Reuegesetz auszunutzen.

Cumhuriyet vom 24.07.1985

**ai: Folter geht weiter**

Die internationale Organisation amnesty international hat in einem 76 seitigen Bericht darauf verwiesen, daß die Folterpraxis in der Türkei anhalte und die Regierung aufgefordert, Maßnahmen dagegen zu ergreifen. Das Mitglied der Sonderkommission für die Situation in den Gefängnissen, in denen Mitglieder der ANAP, HP und MDP sind, Kenan Nehrozoglu (HP) sagte, daß viele der inhaftierten in den Gefängnissen Mamak, Metris, Sultanahmet, Selimiye und Amasya die sie bisher besucht haben, Beschwerde darüber führen, daß sie unter der Folter zu Geständnissen gezwungen worden sind. Er kündigte weiter an, daß auch noch Untersuchungen in den Gefängnissen von Diyarbakir, Mardin und Urfa bevorstünden. Gleichzeitig äußerte er die Befürchtung, daß bei anhaltender Folterpraxis, gesunde Menschen in den Gefängnissen geisteskrank würden

Tercüman vom 25.07.1985

**Blutiger Streit im Gefängnis**

In der geschlossenen Haftanstalt von Bursa kam es zwischen gewöhnlichen Kriminellen zu einer Auseinandersetzung in deren Verlauf ein Häftling getötet und drei gefährlich verletzt wurden

Cumhuriyet vom 26.07.1985

**Außenministerium: ai steht unter dem Einfluß von bestimmten Kreisen**

Der Sprecher im Außenministerium, Yalim Eralp, hat auf den Bericht von ai in der Weise reagiert, daß er einen bestimmten Einfluß von einschlägigen Kreisen im Ausland konstatierte. Er sagte dabei, daß in letzter Zeit der Einfluß dieser Kreise im Ausland geringer geworden sei und sie nun mit allen Mitteln gegen den Eindruck arbeiten würden daß in der Türkei eine Demokratisierung stattfinde.

Cumhuriyet vom 30.07.1985

**Was ist los in Mamak?**

Der Abgeordnete der Populistischen Partei aus Zonguldak, Vasif Yücel, hat bekannt gegeben, daß in letzter Zeit sehr viele Informationen über die Situation in dem Militärgefängnis Mamak bei seiner Partei eingetroffen seien und diese auch häufig konkret belegt worden sind. Diese Informationen seien einfach unglaublich.
Es gebe Gefangene, die sich seit 5 Jahren in Isolierzellen befinden. Einige Gefangene seien geistesgestört und wür-

den mit den Zellenwänden reden. Die Augen der Inhaftierten würden nicht untersucht und schon bei dem leichtesten Schmerz würden die Zähne gezogen. Die Zellen würden einmal in 7-8 Monaten durchlüftet und einige Gefangene hätten überhaupt keinen Hofgang. Die Kleidung der Gefangenen, die die Angehörigen zur Wäsche bekämen, würden erbärmlich stinken. Schläge und Beschmimpfungen würden immer noch anhalten. Der Abgeordnete fügte noch hinzu, daß er als Besucher bei dem Petitionsverfahrens ähnlicher Behandlung ausgesetzt gewesen sei und dies ihn sehr nachdenklich gestimmt habe.

Tercüman vom 01.08.1985

**ai steht vor dem Konkurs**

Als Antwort auf die Frage nach der Stichhaltigkeit der Vorwürfe in dem Türkeibericht von ai sagte der Sprecher des Außenministeriums, Yalim Eralp, daß ai wohl keine neuen Materialien finde und deshalb im wesentlichen auf das Material baue, daß schon vorher von ai veröffentlicht worden sei. Dies zeige eindeutig, in welcher Absicht dieser neue Bericht erstellt worden sei.

# Internationale Beziehungen

Cumhuriyet vom 13.07.1985

**Die EG wird der Türkei jetzt mehr Zeit widmen**

Vor seiner Reise in die Türkei gab der belgische Außenminister Leo Tindemanns ein Interview, in dem er darauf hinwies, daß die EG nach dem Beitritt von Spanien und Portugal nun der Türkei mehr Zeit widmen könne. Er gab ferner an, daß er ständig unterstützt habe, daß die Türkei den Vorsitz in dem Ministerrat des Europarates bekomme. Er äußerte seine Zufriedenheit über die Schritte in Richtung Demokratie und versprach die Türkei auch in dieser Richtung zu unterstützen.

Tercüman vom 15.07.1985

**Ägypten wird der Türkei 32 Phantom-Flugzeuge liefern**

Wie in Erfahrung gebracht wurde, ist es nun bezüglich der Lieferung von 32 Phantombombern von Ägypten an die Türkei zu einer Einigung gekommen. Ägypten hat sich bereit erklärt, den Preis für die Flugzeuge nicht gänzlich in Geld, sondern teilweise auch in Waren zu akzeptieren. Nach dem Besuch des Ministerpräsidenten Mübarak in der Türkei am 15. Mai hatte es nicht danach ausgesehen, daß es eine Einigung geben könne. Aber die Besprechungen in Kairo haben dann doch noch eine Wende in diesem Geschäft mit sich gebracht.

Tercüman vom 16.07.1985

**Die Türkei wird von Großbritannien gepanzerte Fahrzeuge kaufen**

Es wurde behauptet, daß Großbritannien leichte Panzer und gepanzerte Personalfahrzeuge an die Türkei liefern werde. Wie aus dem englischen Außenministerium nahestehenden Quellen verlautete, soll dieser Vorschlag bei dem Besuch des Verteidigungsministers Zeki Yavuztürk in dem königlichen Waffengeschäft gemacht worden sein. Neben den schweren Panzern Leopard, die die Türkei von der Bundesrepublik beziehen wird, sollen der Panzer Scorpion und die gepanzerten Personalfahrzeuge Saxon oder Saladdin die Beweglichkeit der Armee in hügligem Gebiet erhöhen.

Cumhuriyet vom 17.07.1985

**Die deutsche Hilfe wird sicher ansteigen**

Nach dem Besuch des Bundeskanzlers Helmut Kohl in der Türkei verlautete, daß sowohl die 18-monatige Militärhilfe in Höhe von 130 Millionen Mark als auch die sonstige Hilfe in Höhe von 600 Millionen DM ansteigen werde. Zu diesem Zweck führte Cumhuriyet ein Interview mit dem Verteidigungsminister Zeki Yavuztürk. Er wollte sich allerdings nicht konkret auf eine Militärhilfe in Höhe von 200 Millionen DM festlegen, meinte aber dazu, daß dieser Betrag nicht überhöht sei. Zu den 600 Millionen DM Sonderhilfe sagte er ebenfalls, daß dieser Punkt erst bei den Gesprächen verschiedener Kommissionen erneut auf die Tagesordnung komme. In Bezug auf die Vorwürfe, daß es bei dem F-16 Geschäft Schmiergelder gegeben habe, sagte der Verteidigungsminister, daß bislang keine konkreten Unterlagen an sein Ministerium übergeben worden sei. Sollte dies der Fall sein, so werde man umgehend die notwendigen Schritte einleiten.

Cumhuriyet vom 17.07.1985

**Wir haben von der OECD noch 727 Millionen Dollar zu bekommen**

Von dem Darlehen, das der Türkei im Rahmen der OECD zugestanden wurde, sind bislang 727,3 Millionen Dollar nicht benutzt worden. Hiervon sind 444,3 Millionen aus den Jahren 1980 bis 1982 nicht ausgenutzt worden. Außerdem wurden 32,3 Millionen Dollar, die in diesen Jahren versprochen worden waren, später wieder rückgängig gemacht. Der Türkei waren im Jahre 1983 weitere 815 Millionen Dollar Kredit versprochen worden. Ein Teil davon war auf das Jahr 1984 verlegt worden. Aber auch von diesen Krediten wurden für das Jahr 1983 221,4 Millionen Dollar und für das Jahr 1984 61 6 Millionen Dollar nicht genutzt.
Der Gesamtumfang des OECD-Kredites für die Jahre 1980 bis 1984 beläuft sich auf 3 Milliarden 669 Millionen Dollar.

Tercüman vom 18.07 1985

**Wir werden für die Stützpunkte Miete verlangen**

Wie in Erfahrung gebracht wurde, wird derzeit immer noch an dem Text für die Zusammenarbeit der Türkei und der USA auf dem Verteidigungssektor gearbeitet. Wie verlautete, denkt die türkische Seite daran, für die 13 Stützpunkte der USA Miete zu verlangen, da diese Stützpunkte nicht nur den türkischen Interessen dienen. Hiermit soll dann eine Parallelität zu Spanien, Portugal, Israil und Ägypten erreicht werden
Der Vertrag über die türkisch-amerikanische Zusammenarbeit auf dem Verteidigungssektor existiert nun schon seit 5 Jahren, hat aber an vielen Punkten bisher keine Realisierung gefunden. Aus diesem Grunde sollen nun vermehrt konkrete Projekte aufgeführt werden, deren Erfolg man unmittelbar ablesen kann. Der Grundtenor dieser Vereinbarung soll aber sein, daß eine vernünftige Verteidigung nur auf einer sicheren wirtschaftlichen Basis möglich sein kann.

Cumhuriyet vom 23.07.1985

**ILO hat Bedenken zu vier Vereinbarungen, die von der Türkei unterzeichnet worden sind**

In einem Bericht der internationalen Organisation für Arbeit (ILO) sind die Experten auf verschiedene internationale Vereinbarung und deren Handhabung in der Türkei eingegangen. In dem Berichht wird bemängelt, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter immer noch kein Recht auf Abschluß von Tarifen haben. Des weiteren sei die Hürde von 10% bzw. 51% bei einzelnen Betrieben für die Organisationsfreiheit der Gewerkschaften unverträglich. Schließlich wird auch darauf hingewiesen daß die Entlassungen der öffentlich Bediensteten durch genauere Bestimmungen geregelt werden müssen. In dem Bericht heißt es, daß insgesamt 4530 Personen durch die Kriegsrechtskommandanturen entlassen worden sind, und von diesen Personen bislang lediglich 880 wieder eingestellt wurden. Die türkische Regierung wurde aufgefordert, zu den kritisierten Punkten Stellung zu nehmen und Mitteilung zu machen, wenn sie hier gesetzliche Änderungen vornehmen sollte.

Cumhuriyet vom 24.07.1985

**Eine Abordnung des Verteidigungsausschusses ist in die USA geflogen**

Eine Abordnung des 18-köpfigen Verteidigungsausschusses ist auf Einladung des privaten Unternehmens Aydin Corporation und des US-Außenministeriums in die USA geflogen. Neben 14 Mitgliedern des Ausschusses nehmen auch der Generalsekretär der ANAP, Mustafa Tasar, und die ANAP-Abgeordneten Halil Sivgin und Ogan Soysal an der Reise teil. An 7 der 10 Tage dauernden Reise werden die Abgeordneten von der Aydin Corporation bewirtet. Diese stellt elektornische Geräte für die Armee her.

Cumhuriyet vom 29.07.1985

**ILO: Es herrschen Bedenken gegen Tarifabschlüsse auf Erlaubnisbasis**

Der Ausschuß für Gewerkschaftsfreiheit bei der internationalen Organisation für Arbeit, ILO, hat sich erneut an die türkische Regierung gewandt und kritisiert, daß nach den neuen Gesetzen 2821 und 2822 für die Gründung von Gewerkschaften und Abschlüssen von Tarifverträgen einige bedenkliche Punkte enthält. Insbesondere wurde der Punkt kritisiert, daß die Gewerkschaft vor Tarifverhandlungen erst über Verwaltungsinstanzen feststellen lassen müssen, ob sie überhaupt zu Tarifabschlüssen berechtigt sind. Außerdem sind viele Beschwerden darüber eingegangen daß diese Bescheinigung über Tariffähigkeit nicht in der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit von 6 Tagen ausgestellt werde.

Tercüman vom 03.08.1985

**Die Türkeihilfe wartet nur noch auf die Bestätigung durch Reagan**

Die Türkeihilfe in Höhe von 714,28 Millionen Dollar wurde dem US-Präsidenten Ronald Reagan zur Ratifizierung vorgelegt. Trotz allen Druckes der Administration hatte der Kongreß von den vorgesehen 789 Millionen Dollar erhebliche Abstriche vorgenommen und damit das Verhältnis zu Griechenland von 7: 10 beibehalten. Griechenland wird eine Hilfe in Höhe von 500 Millionen Dollar erhalten.
Den größten Teil der Hilfe erhält wiederum Israel mit 3 Milliarden Dollar. Außerdem wird Israel dieses Mal noch eine Sonderhilfe in Höhe von 1,5 Millarden Dollar erhalten. Nach Israel erhält Ägypten mit 2,1 Milliarden Dollar den Löwenanteil der Auslandshilfe.

Cumhuriyet vom 04 08 1985

**Die beschwerdeführenden fünf Länder warten auf die Amnestie**

Im Zusammenhang mit der Folgekonferenz von Helsinki sind die Außenminister jener fünf Länder, die die Türkei bei der Menschenrechtskommission des Europarates angezeigt hatten, zusammengekommen. Sie konnten sich aber nicht darüber einigen, ihre Beschwerde zurückzuziehen. Während der türkische Außenminister Vahit Halefoglu im Rahmen des Treffens starke Kulisse für eine Einstellung des Verfahrens machte, mußten die Außenminister der fünf Länder, Frankreich, Norwegen Schweden, Dänemark und die Niederlande feststellen daß in Kürze über ihre Beschwerde entschieden wird.
Insbesonders Frankreich und die Niederlande scheinen an einer schnellen, freundschaftlichen Lösung interessiert zu sein. Außerdem wurde in Erfahrung gebracht, daß auch der bundesdeutsche Außenminister Genscher seinen Einfluß geltend machen will. Allerdings muß damit gerechnet werden, daß zunächst einmal die Entwicklung in Bezug auf ein Gesetz zur Amnestie abgewartet wird.

Tercüman vom 05.08.1985

**Wir werfen Waffen fort, die aus der Mode gekommen sind**

Im Zusammenhang mit der Vereinbarung über Zusammenarbeit auf dem Verteidigungssektor wurden nach Auskunft des Verteidigungsministers Yavuztürk bisher enorme Fortschritte auf eine Überarbeitung des Abkommens erzielt. In einem Interview mit unserer Zeitung machte Yavuztürk darauf aufmerksam, daß schon innerhalb des 2. Zusatzabkommens durch die Hilfe der USA und der BRD 600 M 48 Panzer renoviert worden sind. Dieses Modernisierungsprogramm laufe im Jahre 1989 aus. In Bezug auf die Phantombomber gebe es noch leichte Schwierigkeiten bei der Finanzierung.
In der türkischen Armee würden die Honest John Raketen nun entfernt, da sie inzwischen aus der Mode geraten sind. An ihre Stelle würden Haubitzen mit einem Durchmesser von 8 Inch gestellt werden, sagte der Verteidigungsminister.

Cumhuriyet vom 07.08.1985

**110 Leoparden aus der Bundesrepublik**

Es wurde bekannt, daß die Bundesrepublik 110 Leopard 1 Panzer der Türkei übergeben will Dieser Punkt wurde nach dem Besuch des Bundeskanzlers aufgenommen Die Zeitung Abendpost hatte einen entsprechenden Bericht in ihrer letzten Ausgabe aufgenommen. Die Zeitschrift der Spiegel hatte schon am 15. Juli geschrieben, daß die bundesd utsche Militärhilfe von 130 Millionen DM auf 200 Millionen DM angehoben würde und die Differenz durch Lieferung von Leopard Panzern ausgeglichen werden solle. Der Leopard ist eine der wichtigsten Waffen des bundesdeutschen Heeres Er erreicht im Vorwärtsgang eine Geschwindigkeit von 65 km/h und im Rückwärtsgang eine Geschwindigkeit von 25 km/h

# Demokratisierung

Cumhuriyet vom 12.07.1985

**Schmiergelder im F-16 Geschäft ?**

Wie die Zeitung Milliyet aus Athen erfahren haben will, hat der ehemalige stellvertretende Präsident von General Dynamics, die an dem F-16 Geschäft mit der Türkei beteiligt sein sollen, scharfe Vorwürfe gegen die Gesellschaft erhoben So sollen insgesamt 23 Millionen Dollar an Schmiergeldern in die Türkei geflossen sein. Die Gesellschaft hätte sich auch bei möglichen Aufträgen nach Griechenland, Ägypten und Südkorea ähnlich verhalten und zu diesem Zweck sogar Partys mit Frauen und Mädchen veranstaltet.
Der ehemalige stellvertretende Präsident von General Dynamics ist griechischer Abstammung und lebt unter seinem Namen Panayotis Takis Veliotis in einem Milliardärsviertel in Athen. Nachdem er zwei Mal einem Attentat entgangen ist, steht er nun unter scharfen Sicherheitsmaßnahmen. Er behauptet, daß die Schmiergelder an die Türkei nach seiner Amtsperiode erteilt worden sind, er aber im Besitz von entsprechenden Unterlagen sei, die dieses Vorwurf beweisen würden.

Cumhuriyet vom 14.07.1985

**Auch Sunalp ist gegangen**

Auf dem Kongreß der Nationalistischen Demokratiepartei MDP, wurde der 49-jährige Ülkü Söylemezoglu zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er bekam 637 Stimmen, während der alte Vorsitzende, Turgut Sunalp 425 Stimmen bekam. Auf dem Kongreß war es zwischen den Anhängern von Söylemezoglu und Sunalp zu Wortwechseln gekommen. Unter den Anhängern von Sunalp befand sich auch der als idealistische Täter bekannte Ibrahim Ciftci, der nach viermaliger Verurteilung zum Tode freigesprochen worden war. Diese Gruppe von 40 Leuten griff auch die Reporter an
*Anm.: Die Nachrichten der verschiedenen Zeitungen gehen darauf ein daß doch sehr viele MHP'ler der Vergangenheit auf diesem Kongreß auftraten Insbesondere der militante Flügel der MHP, bekannt als Idealisten, sieht wohl in der MDP den Hebel gegen den kommunistischen Einfluß. In den Kommentaren geben die Journalisten den Sieg von Söylemezoglu aber in der Weise an, daß hiermit einmal die Zeit der verordneten Parteienbildung (nach Calp nun auch Sunalp abgesetzt) beendet ist, daß aber darüber hinaus dem neuen Vorsitzenden die Aufgabe zukommt zunächst einmal für eine Auflösung der Partei ohne Gesichtsverlust zu sorgen. Dem neuen Vorsitzenden wird ein gewisse Nähe zu Süleyman Demirel nachgesagt, der als sogenannter 'Wissender' im Hintergrund der Partei des Rechten Weges, DYP, steht.*

Cumhuriyet vom 18.07.1985

**Evren gibt Befehl auf Untersuchung bei F-16**

Evren hat die zuständigen Stellen beauftragt, die notwendigen Untersuchungen mit Betrügereien bei dem F-16 Geschäft durchzuführen. Er beschwerte sich darüber, daß jedes Mal, wenn für die Armee etwas eingekauft werde, solche Vorwürfe aufkämen Ein Grieche habe etwas in die Welt gesetzt und nun würde jeder sich darauf stützen. Dies sei der Beginn einer Kampagne, um jene mit Schmutz zu bewerfen die in der Periode des 12. Septembers eine Aufgabe übernommen hätten. Es gebe keinen Paragraphen oder Artikel, der eine Untersuchung zu Personen des 12. September verbiete. Außerdem könne die Verfassung geändert werden, wenn sich dafür 300 Stimmen im Parlament finden. Er als Staatspräsident habe auch die Möglichkeit, eine Volksabstimmung für eine Verfassungsänderung durchführen zu lassen.

Cumhuriyet vom 23.07.1985

**Das Reuegesetz vor dem Verfassungsgericht**

Das Militärgericht Nr. 1 in Erzincan hat am 12. Juli einen Beschluß gefällt, mit dem nun die Verfassungsmäßigkeit des Reuegesetzes überprüft werden soll. In einem vor diesem Gericht durchgeführten Verfahren hatte sich einer der Angeklagten an das Gericht gewandt und um Strafminderung nach dem Reuegestz gebeten. Die Militärstaatsanwalt ging in der Antwort auf diesen Antrag auf das Reuegesetz ein und führte aus, daß dieses Gesetz nicht mit der Verfassung in Einklang zu bringen sei, denn nach dem Artikel 87 habe das Parlament nicht die Befugnis Amnestie bei allen Straftaten gegen den Staat zu erteilen. Das Reuegesetz, das Straffreiheit oder aber Strafminderung bei geständigen Tätern vorsieht, sei aber eine Art Amnestie für eben diesen Täterkreis und verstoße damit gegen die Verfassung. Das Gericht schloß sich der Ansicht des Militärstaatsanwalts an und sandte die Begründung an das Verfassungsgericht mit der Bitte das Gesetz noch einmal zu überprüfen.

Cumhuriyet vom 23.07.1985

**Die von dem Gesetz mit der Nummer 1402 Betroffenen haben sich an YÖK gewandt**

Eine Reihe von Hochschulangehörigen, die durch das Kriegsrecht mit der Nummer 1402 aus dem Dienst entlassen worden waren, haben sich nun an den Hochschulrat gewandt und um Wiedereinstellung gebeten. In der Begründung heißt es, daß der Ausnahmezustand in An kara aufgehoben worden sei und nun die Bestimmungen des Kriegsrechts nicht mehr gelten. Unter den Antragstellern sind Prof. Rona Aybay, Nurkut Inan, Baskin Oran, Mete Tuncay und Yakup Kepenek.

Cumhuriyet vom 27 07.1985

**Erstes Licht für eine Amnestie**

In Bezug auf ein Amnestiegesetz wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß in diesem Herbst ein solches Gesetz verabschiedet werden könne. Nun gibt es deutliche Anzeichen dafür, daß dieses Gesetz in der neuen Legislaturperiode am 1. September in Angriff genommen wird und dann eine Amnestie am 29. Oktober, dem Tag der Republik verkündet wird.Staatsminister Mesut Yilmaz sagte lediglich, daß das Justizministerium einen Vorschlag ausarbeiten werden und das Parlament dann eine Entscheidung dazu fällen werde. Justizminister Necat Eldem sagte, daß intensive Vorbereitungsarbeiten durchgeführt werden, die aber noch zu keinem Abschluß geführt haben.

Cumhuriyet vom 29.07.1985

**Erarbeiten von Grundsätzen für eine Amnestie**

Bei der Erarbeitung von Grundsätzen für ein Amnestie gesetz werden die Zahlen der inhaftierten Untersuchungs- und Strafhäftlinge zugrunde gelegt. Justizmini ster Eledem sagte, daß man zunächst einmal die Zahlen jener Inhaftierten festsetzen müsse, die nicht nach Taten des Artikels 14 aus der Verfassung inhaftiert seien.
Als Gesamtzahlen wurden von ihm 48.077 Strafhäftlinge und 26.129 Untersuchungshäftlinge angegeben. Der weitaus größte Teil der Häftlinge setzt sich aus Täter zusammen, die wegen Morddelikten verurteilt worden sind. Diese Zahl wird mit 29.092 angegeben während an der 2. Stelle Raub mit 12.798 Personen steht.
Bei Straftaten mit politischer Qualität werden die Zahlen folgendermaßen angegeben: 1.195 Personen, Straftaten gegen die Persönlichkeit des Staates, 772 Personen gegen die Staatlichen Kräfte, 1702 Personen von bewaffneten Organisationen und 3 Personen gegen die Religionsfreiheit.

Cumhuriyet vom 02.08.1985

**Das Polizeigesetz wird auf Verfassungsmäßigkeit überprüft**

Dem Verfassungericht wurde eine Klage der Populistischen Partei, HP, überreicht. Hierin wird die Auflösung des Polizeigesetzes gefordert. Das Verfassungsgericht beschloß in seiner gestrigen Sitzung diese Klage zuzu lassen und wird nun das Polizeigesetz dem Grunde nach einer Überprüfung unterziehen.

Tercüman vom 03.08.1985

**Die Gefängnissen werden um 60% geräumt**

Die technischen Vorbereitungen eines Amnestiegesetzes sind beschleunigt worden. Man bemüht sich dabei nicht noch einmal die Fehler der vorhergegangenen Amnestiegesetze zu wiederholen. Aus diesem Grunde bleiben jene Täter ausgeschlossen, die ein Verbrechen gegen den eigenen oder einen fremden Staat begangen haben. Derzeit befinden sich insgesamt 74.022 in Haft. Wie aus einschlägigen Kreisen verlautete, könne durch das Amnestiegesetz eine Entlassungsquote erreicht werden, die dazu führe, daß 60% der derzeit Inhaftierten wieder aus der Haft entlassen werden.

Cumhuriyet vom 03.08.1985

**Die Akte zum Reuegesetz wurde als nicht umfassend wieder zurückgesandt**

Das Verfassungsgericht hat sich auf Antrag des Militärgerichts in Erzincan mit dem Reuegesetz auseinandergesetzt. Allerdings wurde der Antrag des Gerichtes noch einmal zur erneuten Überprüfung an das Gericht zurückgesandt, da die Richter am Verfassungsgericht die Meinung vertraten, daß diese Akte noch nicht vollkommen sei. So sei durch das Gericht nicht die Gegendarstellung des Antragstellers auf Strafreduzierung aufgenommen worden und lediglich auf die Ausführungen des Militärstaatsanwaltes Bezug genommen worden.

Tercüman vom 05.08.1985

**Die Zahl der Reumütigen stieg auf 145**

Die Zahl der Antragsteller auf Strafreduzierung nach dem Reuegesetz ist auf 145 gestiegen Unterdessen wurde der Antrag des Militärgerichts Erzincan wieder zurückgeschickt, um fehlende Teile zu ergänzen.

Cumhuriyet vom 05.08 1985

**Grünes Licht des Verwaltungsgerichtes für die 1402 Betroffenen**

Das Verwaltungsgericht hat nun beschlossen daß Personen, denen gerichtlich ein Anspruch auf Weiterbeschäftigung an den Hochschulen zugesichert worden ist, die aber dennoch nicht vom Rektor beschäftigt werden ein Anspruch auf Entschädigung zusteht. Damit hat sich die Chance erhöht, daß die Rektoren nun verstärkt auch wieder Personen einstellen die durch die Kriegsrechtskomamndanturen entlassen worden sind.

Cumhuriyet vom 08.08.1985

**Die Reise des Ministerpräsidenten in den Osten**

Auf seiner Reise in den Osten des Landes machte Ministerpräsident Turgut Özal gestern an seiner zweiten Station in Agri Halt. Er ging bei seiner Rede anläßlich der Grundsteinlegung des Staudammes von Agri auf den Touristenstrom aus den arabischen Ländern ein und sagte, daß die Touristen deswegen kämen weil die Lebensbedingungen in der Türkei besser seien als in den Heimatländern der Araber.
Es ist unübersehbar, daß Özal bei seiner Reise Unterstützung sucht. Nichts anderes drücken seine Worte aus, daß er Unterstützung erhalten habe und deshalb jetzt häufiger vorbeikommen werde. Die Interessenlosigkeit der Bevölkerung trifft dabei mit einer desolaten Planung zusammen. Einige Bürger, die vor dem Gouverneursamt gewartet hatten, verließen den Platz wieder, als Özal sich um mehrere Stunden verspätete. Auch am Tage zuvor in Erzurum war das Interesse an dem Ministerpräsidenten nicht sonderlich groß. Die Zuhörerschaft, die sich dort versammelt hatte, war nicht einmal die Hälfte im Umfang dessen was sich anläßlich der allgemeinen Wahlen vom 6 11.83 bei der Rede von Özal eingefunden hatte
Bei der Durchfahrt durch Oltu klatschten lediglich drei Bürger. Daraufhin konnte der Organisator der Reise nicht an sich halten und forderte die Bevölkerung per Buslautsprecher auf, stärker zu applaudieren, da nicht alle Tage ein Minister durch das Städtchen komme. Ein Bürger lobte daraufhin den Sprecher und meinte, daß er sich gut für das Verkaufen von Rasierklingen eignen würde. Es fällt zudem auf, daß während der ganzen Reise Özal unter starken Sicherheitsvorkehrungen steht. Seine Leibwache zeichnet sich auch durch eine außerordentliche Kleidung und besondere Waffen aus. So sie t man vor der Rednertribüne Zivilisten, die automatische Waffen vor sich schußbereit halten.

# Wirtschaft

Cumhuriyet vom 05.08.1985

**Hasan Cemal: Hören wir auf die Stimme des Arbeiters!**

Nach Berechnungen unserer Abteilung für Arbeitswelt werden immer mehr Arbeiter aus den Betrieben entlassen. Den meisten Kündigung liegt der Wunsch zugrunde, eine gewerkschaftliche Organisierung zu unterbinden und damit nicht an Tarifverträge gebunden zu sein In unserem Lande sind von 5 Millionen Arbeitern sowieso nur die Hälfte, als 2,5 Millionen sozialversichert. Maximal 1,5 Millionen Arbeiter haben zusätzlich die Möglichkeit in den Genuß von Tarifverträgen zu kommen, die von Gewerkschaften ausgehandelt wurden Hinzu kommt, daß die Arbeiterzirkulation (Entlassungen und Neueinstellungen) in unserem Lande bei 30% liegt. Das sind leider harte aber wahre Tatsachen. Man kann sich nun ausrechnen, welche Angst ein Arbeiter vor einer Entlassung hat, wenn sein Lohn schon kaum für den Lebensunterhalt ausreicht und er nach seiner Entlassung kaum eine Chance auf einen neuen Arbeitsplatz hat.
Kurzum, die Arbeiter sind in einer Zwickmühle. Und die Özal-Regierung macht den Anschein, als wolle sie die Schrauben noch einmal anziehen Wenn wir die Demokratie wirklich wollen, das heißt eine pluralistische Gesellschaft, dann müssen wir auch auf die Stimme des Arbeiters hören.

## INTERNATIONALE PRESSEUMSCHAU

Rheinischer Merkur, 13.7.1985:

# Es gibt keine Invasion

*Helmut Kohls Visite in der Türkei hilft beiden Seiten*

Walter Bajohr

Kritische Begleitmusik zu Kanzlerreisen ist normal. Im Fall von Helmut Kohls Visite in der Türkei war deshalb kaum etwas anderes zu erwarten. Dabei geht völlig unter, daß es auch Staatsbesuche gibt, die einen Wert an sich haben. Wenn ein deutscher Regierungschef als erster aus Westeuropa seit dem Militärputsch von 1980 in die Türkei fährt, ist das in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung.

Angesichts einer nach wie vor mit wenig Sachlichkeit, dafür um so mehr Emotion geführten Ausländerdiskussion, die im Kern eine Türken-Debatte ist, hat ein großer Teil der bundesdeutschen Öffentlichkeit unter kräftiger Mithilfe der Medien schlicht verdrängt, daß die Türkei ein eminent wichtiges Mitglied der westlichen Verteidigungsallianz ist. Die strategische Bedeutung dieses Landes macht es zu einem Eckpfeiler der Nato, weil es für sowjetische Expansions- und Hegemonialgelüste ein kaum zu überwindendes Hindernis darstellt. Allerdings nur so lange, wie die Türkei ein voll akzeptierter und integrierter Teil der westlichen Welt ist.

Hier hat es seit dem Militärputsch erhebliche Irritationen auf beiden Seiten gegeben. Auch seit der Rückkehr zu einer demokratischen Entwicklung seit 1983 hält westliches Mißtrauen sich die Waage mit dem türkischen Gefühl, zu Unrecht diskriminiert zu werden. Nicht ganz ohne Grund, hat sich die EG doch immer noch nicht bereitgefunden, nach der Beendigung der Militärherrschaft zugesagte 1,2 Milliarden Mark Finanzhilfe auch auszuzahlen.

Helmut Kohls Besuch war deshalb ein überfälliges Signal für die Türkei, nicht mehr das schwarze Schaf am Rande zu sein. Der Prestigegewinn für die Regierung

### „Bonn kann für die Türkei finanziell etwas bewegen"

des türkischen Ministerpräsidenten Özal ist beachtlich, die Auswirkung auf die weitere demokratische Entwicklung des Landes hoffentlich positiv. Da mag es für die Türken von geringer Bedeutung sein, daß sich der Kanzler so intensiv um Verständnis dafür bemühte, daß die laut Vertrag mit der EG von 1964 den Türken ab Ende 1986 zustehende volle Freizügigkeit in der EG in der Bundesrepublik auf Widerstände stößt.

Natürlich wären die Türken dumm, wenn sie sich vertraglich verbriefte Rechte nachträglich abhandeln ließen. Aber sie sind realistisch genug, um zu sehen, daß die Bundesrepublik als ein Land, in dem die meisten Türken außerhalb der Türkei leben, nicht unbegrenzt aufnahmefähig ist angesichts einer in Turbulenzen geratenen Wirtschaftsentwicklung.

Warum soll man also nicht Geschäfte auf Gegenseitigkeit machen? Die Türkei will mehr Militär- und Finanzhilfe. Beides kann man ihr geben, schon deshalb, weil Nato-Partner und EG-Mitglied Griechenland in seiner aufreizenden Renitenz durch Freundlichkeiten gegenüber den Türken, den alten Erzfeinden, auf den Boden der Vernunft zurückgeholt werden könnte. Schließlich – für Bonn wie für Ankara besonders wichtig – kann die Bundesrepublik als finanzkräftiger Partner in der EG und unter den europäischen Nato-Partnern für die Türkei etwas bewegen.

Das muß nicht mit der türkischen Gegenleistung eines Verzichts auf die Freizügigkeit verbunden sein, wohl aber mit einem Entgegenkommen auf national begründete Einschränkungen. Das Verständnis der türkischen Seite läßt hoffen. Von einer Türkeninvasion ab Januar 1986 braucht jedenfalls keiner mehr zu faseln.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.7.1985:

# *Mit dem Koran gegen die Lehre des Charles Darwin*

**Fundamentalisten in der Türkei / Von Wolfgang Günter Lerch**

ISTANBUL, 17. Juli. Freitag in der Yeni-Valide-Moschee in Istanbul. Hunderte von Betern haben sich eingefunden. Rhythmisch verneigen sie sich in Reih und Glied, sobald der Vorbeter „Allahu akbar" („Gott ist groß") ausruft. Vor wenigen Minuten waren sie noch im Ägyptischen Basar an der Galata-Brücke oder in den belebten Straßen in seiner Umgebung; jetzt verneigen sie sich gen Mekka, zehn Minuten der Stille und des Gebets folgen der Hektik des Alltags draußen.

Noch immer strömen viele Türken aus den Dörfern Anatoliens in die Stadt Istanbul. Manche sprechen gar von einer Anatolisierung der Bosporus-Metropole. In den Straßen fallen die vielen Frauen mit Kopftüchern auf; sie haben vom Land ihre strengen islamischen Bräuche mitgebracht, die sich von den eher lockeren Bindungen vieler Großstädter an den Islam unterscheiden. „Es dauert lange, bis die Menschen aus den Dörfern in der Stadt ihre Gebräuche ändern", sagt ein bekannter Journalist, der den Islam als Religion akzeptiert, ihn aber, darin den Reformen Kemal Atatürks verpflichtet, als politisches System ablehnt. Die türkische Armee werde niemals zulassen, daß islamische Fundamentalisten im Land zu viel Einfluß erhielten. Das ist die einhellige Meinung türkischer Repräsentanten zu manchen Tendenzen im Land, die hier und da zu Besorgnis Anlaß geben.

Immer mehr in die Schußlinie gerät der Erziehungsminister Vehbi Dinçerler. Er kommt aus der seit dem Putsch der Generäle verbotenen „Nationalen Heilspartei" (MSP) des Professors Erbakan, die sich die Schaffung eines islamischen Staates auf der Grundlage des Koran und der Scharia (türkisch: scheriat) zum Ziel gesetzt hatte. Heute führt Dinçerler den Fundamentalistenflügel in der „Anavatan Partisi" („Mutterlandspartei") des Ministerpräsidenten Turgut Özal an. Die Regierungspartei ist eine Sammelbewegung, die alle politischen Kräfte des Landes umfaßt – ausgenommen die Linke, die sich in eigenen Parteien organisiert hat. Während des letzten Kongresses der Regierungspartei wurde der Flügel der Nationalisten entmachtet, mit Hilfe der Fundamentalisten; jetzt fragen sich manche Türken, wann endlich Ministerpräsident Özal in Sachen radikale Muslime ein Machtwort sprechen werde.

Der Ministerpräsident selbst ist ein gläubiger Mann. In den vergangenen Jahren hat er die Beziehungen der Türkei zu den islamischen Bruderstaaten vertieft; die Suche nach „islamischer Identität" bewegt viele in der Türkei. Doch ein Fundamentalist ist der westlich ausgebildete Özal gewiß nicht. Er kommt aus dem Milieu der Kleinbürger, nicht der alten großen Familien, das dem Islam treu ergeben ist. Mit ihm ist eine Schicht hochgekommen, die aus demselben Umkreis stammt. Zu ihr gehört auch der Erziehungsminister.

Dinçerler, ein kleiner, aber unscheinbarer Mann, den viele nicht ernst nehmen, ist immer für Überraschungen gut. Nach Verordnungen und Sprachregelungen für den Türkischen Rundfunk, nach Kleiderverordnungen für kleine Mädchen, nach Einschränkungen des Alkoholausschanks in der Nähe von Moscheen und ähnlichen die Sittsamkeit fördernden Maßnahmen, die nicht alle erfolgreich waren, hat er sich jetzt mit Charles Darwin angelegt. Er widerspreche der Religion, meint Minister Dinçerler, da Evolutionslehre und Islam miteinander nicht zu vereinbaren seien. Lehrer, die die Evolutionstheorie lehren und an Gott glauben, haben es unter Minister Dinçerler nicht leicht, ebenso die Verfasser von Schulbüchern. Die Sache wird für so wichtig genommen, daß selbst die seriöseste aller türkischen Zeitungen, die linksliberale „Cumhuriyet", unlängst auf der Seite eins den „Fall Darwin" nochmals behandelte. Daß der Islam in der Türkei nicht Staatsreligion und Staatsräson ist wie anderswo in der Region, das vergißt Minister Dinçerler. Religion ist im Staate Atatürks Privatsache.

### Ein Mevlevihane und ein berühmtes Grab

Immerhin ist es in der Türkei möglich, daß Muslime den Fundamentalisten entgegentreten. Das spürt auch der Minister Dinçerler. Unlängst erregte sogar ein Schriftgelehrter den Unwillen der Gläubigen. Es war Ali Riza Demircan, ein bekannter Istanbuler Prediger und religiöser Schriftsteller, der sich in einem langen Werk über das Sexualleben der Muslime vernehmen ließ. Das Buch erregte einen Proteststurm, von einem „Hauch aus Teheran" war da die Rede. Abgeordnete sprachen von einer „Schande für den Islam", da in dem Buch an Sitten und Gebräuche aus osmanischer Zeit erinnert wurde. Diese gelte es wiederzubeleben.

Die türkischen Fundamentalisten haben auch eine eigene Partei. Sie ist klein und nicht ohne Chancen. Die Refah Partisi – verspricht Wohlstand für alle, denn „refah" heißt Wohlstand. In den Schlagzeilen ist die Partei selten, da sie im politischen Hin und Her zwischen links und rechts keine Rolle spielt. Einzig die Milli Gazete, das Leib- und Magenblatt der Fundamentalisten, berichtet viel über diese Partei, so unlängst über ihren Kongreß.

„Die Türkei hat etwa 700 000 Studenten. Wenn von den weiblichen Studierenden nur drei ein Kopftuch tragen, redet die westliche Presse gleich von gefährlichen islamischen Tendenzen", sagt derselbe bekannte Journalist. Das ist gewiß übertrieben, sagt aber aus, was viele denken. Es gibt allerdings auch Intellektuelle, die in der Suche nach islamischer Identität eine Gefahr sehen, erst recht, wenn sie so betrieben wird, wie das der Minister Dinçerler tut.

„Bald wird das Sema aufgeführt werden", sagt der Billettverkäufer des Galata Mevlevihanesi in Istanbul, die berühmte Tanzzeremonie der Mevlevi-Derwische. „Karten können Sie bei mir erhalten." Das Mevlevihane, im Jahre 1491 etwas oberhalb des Galata-Turmes errichtet, ist heute ein Museum, da Atatürk die Derwischorden im Jahre 1925 verboten hat. Auch berühmte osmanische Handschriften werden dort gezeigt. Auf einem nahe gelegenen Friedhof ist das Grab Ibrahim Müteferrikas, der die erste Druckerei des Osmanischen Reiches einrichtete. Die Türkei beginnt, diese Dinge zu restaurieren und zu pflegen. Die osmanische Vergangenheit wird unbefangener gesehen, manchmal sogar ein wenig verklärt. Die Suche nach einer Identität ist schwierig und nicht frei von Übertreibungen und Kuriositäten. Aber einen Gottesstaat wird es in der Türkei nicht geben, auch wenn Minister Dinçerler gegen die Evolutionslehre polemisiert.

**TÜRKEI–INFODIENST der alternativen türkeihilfe**
**c/o Michael Helweg, Postfach 7088, 4900 Herford**

**Postvertriebsstück | 1 D 3417 D Gebühr bezahlt**

**Gündüz Vassaf**
"Wir haben unsere Stimme noch nicht laut gemacht"
Türkische Arbeiterkinder in Europa

aus dem Türkischen übersetzt von Dilek Zaptçıoğlu

280 Seiten ISBN 3-925257-00-4 DM 12.80

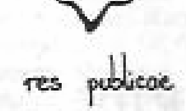
Gündüz Vassaf -von seiner eigenen Biografie seit zwanzig Jahren mit der Arbeitsmigration in Westeuropa vertraut - beschreibt hier anschaulich und offen die Konflikte, Probleme und die in vieler Hinsicht ausweglos erscheinende Situation türkischer Arbeiterkinder in verschiedenen westeuropäischen Ländern (den Niederlanden, der BRD und Schweden). Seine Schilderung lässt zwar die spezifische Situation in den einzelnen Ländern durchscheinen, betont aber vor allem das Gemeinsame.
Als in der Türkei lebender Wissenschaftler kann er die Situation der türkischen Kinder und Jugendlichen in Westeuropa von "aussen" beschreiben, wodurch das Buch für den deutschen Leser viele neuartige Gesichtspunkte offenbart. Der deutsche Leser -und das gilt für die zahlreichen "Ausländerexperten" in besonderer Weise- wird hier mit einer Sicht- und Denkweise konfrontiert, die es ihm ermöglicht, seine eigene Position zu hinterfragen, und sich neu mit dem "Ausländer problem" auseinanderzusetzen.

"Gündüz Vassaf beobachtet das Leben der türkischen Arbeiter, ihrer Familien und ihrer Kinder mit den Augen eines Psychologen -genauer denen eines türkischen Psychologen. Er erkennt auf diese Weise Dinge, die europäische Experten für Gastarbeiterprobleme so nie von selbst gesehen haben. Die meisten dieser Experten sind zwar keine "Ausländer feinde", geschweige denn Rassisten. Sehr viele von ihnen kämpfen politisch aber auch in ihrer praktischen Arbeit gegen den rechts–extermistischen Beton, der in den Hirnen von Fussballfans und Politikern lagert. Vassaf aber zeigt, wie selbst eine freundliche, fast solidarische Sozialarbeit von der Verachtung der Fremden und ihrer Kultur durchdrungen ist. Das Bemühen um Integration wird immer wieder zu dem Bemühen, den anderen aus ihrer Kultur herauszuheifen. Für Vassaf wird so die Sozialarbeit zu einer Art Fortsetzung der christlichen Heidenmission."

Aus der Einführung zur deutschen Übersetzung von Erhard Stölting

**Bestellungen an:**

Verlag res publicae
Obergasse 14
D-3582 Felsberg
Tel.: (05662) 4185




**Gündüz Vassaf** wurde 1946 in Boston, USA geboren. Nachdem er das Robert College in Istanbul absolviert hatte, studierte er an der George Washington Universität Psychologie. Er schloß sein Studium 1968 ab und promovierte an der Hacettepe Universität in Ankara. Eine kurze Zeit lang war er als Journalist tätig. Dann arbeitete er im Sozialmedizinischen Dienst der Ankara Universität sieben Jahre als psychologischer Berater mit Studenten. 1981/82 verbrachte er ein Jahr in Westeuropa, um im Auftrag der Boğaziçi Universität die vorliegende Studie über die Situation der türkischen Arbeiterkinder anzufertigen. Von 1981 bis 1983 war er Vorstandsmitglied des Internationalen Psychologenbundes. Als einer von 1500 Wissenschaftlern in der Türkei gab er seine Lehrtätigkeit an der Boğaziçi Universität auf, da er nach der Gleichschaltung der türkischen Universitäten die Freiheit von Forschung und Lehre nicht mehr gewährleistet sah.

Was will **res publicae**?
Es gibt eine alte Geschichte: In der Nähe einer abgelegenen Kleinstadt schlägt eines Tages ein Wanderzirkus sein Zelt auf. Zu seinen Attraktionen zählt auch ein Elefant. Keiner von den Kleinstädtern hat je in seinem Leben einen Elefanten gesehen. So machen sich die darauffolgende Nacht drei Männer auf, um sich das Wundertier anzugucken. Aber im Zelt ist es stockdunkel. Sie tasten sich vorsichtig vor. Einer bekommt den Rüssel zu fassen und schliesst daraus, dass es sich um eine wasserpfeifenähnliche Gestalt handelt. Der zweite erfühlt ein Ohr und stellt sich das Tier wie ein Fächer vor. Der dritte fasst ein Bein und kommt zu der Überzeugung, dass es sich um eine lebende Säule handelt... Als sie in die Stadt zurückkehren, beschreibt jeder den Elefanten auf seine Weise. Das Resultat ist eine grosse Verwirrung.
Wir hoffen, dass uns mit unseren Veröffentlichungen eine "richtigere" Beschreibung des Elefanten gelingt...

**VERWENDETE PUBLIKATIONEN**

Der Zensurmechanismus in der Türkei (informelle und Selbstzensur) hat die ideologischen Unterschiede der Zeitungen verwischt. Dennoch gibt es Differenzen, die sich in tendenziöser Berichterstattung oder kommentierenden Kolumnen wiederspiegeln. Wenn auch in begrenztem Ausmaße, so übersetzen wie derartige Artikel zur Illustrierung der Meinungen in den türkischen Medien. Eine globale Einordnung der von uns ausgewerteten Presseorgane ergibt folgendes Bild:

| | |
|---|---|
| **Cumhuriyet** | Türkeiausgabe, liberal |
| **Tercüman** | Deutschlandausgabe, konservativ |
| **Milliyet, Hürriyet** | Deutschlandausgabe, Regenbogenpresse, erstere etwas ernsthafter |
| **Nokta** | Wochenmagazin, türkische 'Spiegel' |
| **WDR IV** | 40-minütige 'Gastarbeiter'sendung, täglich |

**IMPRESSUM**
**TÜRKEI–INFODIENST DER ALTERNATIVEN TÜRKEIHILFE**
**V.i.S.d.P. und Verleger: Michael Helweg, Postfach 70 88, 4900 Herford**
Einzelpreis: 1,50 DM
Abonnement: 6 Monate: 20,- DM; 1 Jahr: 40,- DM
Kündigungsfrist: Spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abos. Wird das Abo nicht gekündigt, so verlängert es sich automatisch um den vereinbarten Zeitraum
Zahlungen nur nach Erhalt einer Rechnung auf eines der folgenden Konten:
Michael Helweg, Postscheckamt Hannover, Nr. 3981 01 - 304, BLZ: 250 100 30
Alternative Türkeihilfe, Kreissparkasse Herford - Bünde, Nr. 1 000 008 613, BLZ: 494 501 20
Der Türkei - Infodienst erscheint 14-tägig